

Rede re:publica, 6. Mai 2015, Berlin.

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Meine lieben re:publica-Freunde,

Mein Name ist Ulrike Guérot, ich bin Gründerin & Direktorin des „European Democracy Labs“ hier in Berlin, wir sitzen mit unserem Büro mitten auf der Museumsinsel, direkt neben dem Maxim Gorki Theater und dem Zentrum für Politische Schönheit und wir haben uns ein *großes Projekt* vorgenommen, nämlich den **kompletten Umbau von Europa**: Vereinigte Staaten von Europa, das war gestern;

Europäische Republik, das ist morgen!

Im Gegensatz zu denen, die auf der anderen Straßenseite von „Unter den Linden“ ein Hohenzollernschloss wiederentstehen lassen wollen, denken wir darüber nach, wie die erste nach-nationale Demokratie der Welt tatsächlich aussehen, könnte.

Es ist mir also eine große Ehre, heute auf der **re:publica** zur „Lage Europas“ sprechen zu dürfen! **Finding Europe** ist das Thema, und ich begrüße alle hier im Saal und draußen im Life-Stream, die Europa noch nicht aufgegeben haben und die wie wir meinen, dass **ein anderes Europa zum Durchbruch** gelangen muss, wenn dieser Kontinent im globalen Maßstab eine Zukunft haben soll. Ein befreundeter Medienwissenschaftler hat kürzlich geschrieben, dass auf den Konferenzen des Chaos Computer Clubs sowie der re:publica über Staat und Gesellschaft unter digitalen Bedingungen politisch relevant diskutiert wird. Darum bin ich sehr froh darüber, heute eine Gelegenheit zu haben, mit ihnen gemeinsam über eine europäische Utopie für das 21. Jahrhundert nachdenken zu dürfen! Und ich garantiere Ihnen: es wird ein ungewöhnlicher Vortrag, nicht wie Europa allzu oft, nämlich.... langweilig.

Hier und heute soll es gehen um eine Republik – passendweise auf der re:publica, um Freiheit und Stiere und Mützen....und nicht zuletzt um....Frauen!

Was hat das alles mit Europa zu tun? Nun denn, auf geht's...

I. Das Problem Europa

Das ist heute Europa, dieses Symbol steht für Europa, diese EU. Und dieses Symbol funktioniert nicht mehr. Denn aus diesem Symbol ist das eine Technokratie geworden, ein System der Strippenzieher,¹ ein Markt ohne Staat, eine europäische **Währung ohne europäische Demokratie**. Das Bild stammt nicht etwa von einem Populisten, sondern es ist das Titelbild, das der bekannteste deutsche Philosoph, Jürgen Habermas, für sein neuestes Buch gewählt hat: *The Lure of Technocracy*.²

Das bestehende EU-System ist also der Inbegriff von **Post-Demokratie**, wie Colin Crouch es formuliert hat: „*You can always vote, but you have no choice*“. Wer gegen die augenblickliche EU-Politik ist, muss gegen das System sein. In Griechenland führen wir das gerade vor: Troika gegen Bürger. Wir haben uns also offensichtlich auf dem Weg nach Europa verlaufen bzw. befinden uns in einer Zwickmühle, einem „catch-22“: unter gegebene demokratischen Bedingungen kann das europäische System nicht die Lösungen hervorbringen, die wir zum Funktionieren der Währungsunion bräuchten. Irgendwie können wir uns alle eine Zukunft ohne Europa nicht vorstellen, leben wir doch alle gemeinsam auf dieses Kontinent; aber irgendwie ist **dieses** Europa, diese EU, an ihr Ende gekommen, erschöpft, reformunfähig, nicht mehr mehrheitsfähig. Die EU scheint ein sterbendes politisches Modell – gegen das inzwischen sogar gewaltsam demonstriert wird. Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa finden inzwischen allein in den großen drei Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien mehr Leute **nicht gut** als gut;³ **weniger als 50%** der europäischen Bürger sind mit der europäischen Demokratie in ihrer derzeitigen Form zufrieden.⁴ Die **Vereinigten Staaten von Europa** taugen darum nicht mehr als politische Idee. Damit stellt sich tatsächlich die Frage, was wir in diesem gleichsam hegelianischen Moment machen, in dem ein System sich erschöpft, das System aber gleichzeitig keine Kraft hat sich zu reformieren, weil es in der populistischen Schockstarre ist. Der französische Ökonom Thomas Piketty hat kürzlich in einem Interview auf SPIEGEL online gesagt, „*wir haben ein Monster geschaffen*“.⁵ Das Monster, das ist: ein politisches System, in dem wir durch den Maastrichter Vertrag 1992 **Staat und Markt entkoppelt haben**, in dem Währung

¹ Cerstin Gammelin, Raimund Löw, *Die Strippenzieher*, Econ 2014

² Jürgen Habermas, *The Lure of Technocracy*, London 2013

³ <http://images.zeit.de/politik/2011-09/use-frage1-deu-neu.jpg>

⁴ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/153857/umfrage/zufriedenheit-mit-der-demokratie-in-der-eu/>

⁵ Thomas Pikett, Interview, „*We have created a Monster*“, SPIEGEL online, 15. März 2015

und Wirtschaft europäisch, Steuer- und Sozialpolitik aber im wesentlichen nationalstaatlich entschieden werden: es kann nicht funktionieren. Dazu passt das Zitat des italienischen Philosophen Antonio Gramsci: „Die Zeiten, in denen das Alte noch nicht sterben kann, und das Neue noch nicht werden kann, sind die Zeiten der Monster.“ Und genau das ist die Situation Europas, der EU heute: das alte Europa kann nicht sterben, das neue nicht werden: Europa ist in dem „**unproduktiven Widerspruch**“⁶ verfangen, das wir den Nationalstaaten das politische Projekt Europa überlassen haben, genau diese Nationalstaaten aber Europa nicht machen können; oder, wie der kürzlich verstorbene Ulrich Beck formuliert hat „Solange wir den Staaten die Autorität über die europäische Integration überlassen, solange kann Europa nicht werden“.⁷

Genauer gesagt: die zentrale Rolle des Europäischen Rates im *Governance*-System der EU steht europäischen Lösungen systemisch entgegen:⁸ für einheitliche Lösungen werden die Kosten nationalisiert – die europäische Lösung funktioniert nicht, weil jeweils „**nationale Interessen**“ geltend gemacht werden.

Verweilen wir eine Minute bei Griechenland, weil es so aktuell ist – und vor allem so beschämend, wie inzwischen der chauvinistische Diskurs darüber verläuft. Gerüchte mehren sich, dass ein ‚Grexit‘ passieren könnte, ja, auf den Märkten schon eingepreist ist; am 11. Mai findet eine Ecofin-Krisensitzung statt, auf der offensichtlich ein weiterer ‚Rettungsplan‘ verhandelt werden soll. Wieder einmal taumelt Griechenland dem Staatsbankrott entgegen, und es ist einfach – allzu einfach –, die Schuld dafür vor allem bei der griechischen Regierung zu suchen. Zu leicht verleitet dieses Argument den Rest der Mitgliedstaaten zu einer passiven Haltung und verstellt den Blick auf Fehler, die gemacht wurden, auf die **sybiotische** wirtschaftliche Verflechtung der Länder der Eurozone und auf strukturelle Probleme, die **nicht** spezifisch Griechenland angelastet werden können. Im gängigen Diskurs aber der drohende Staatsbankrott und der mögliche Euro-Austritt Griechenlands als ein **rein nationales** Problem definiert, was ökonomisch nicht zutreffend ist. Dass EU und IWF einige große Fehler gemacht haben, ist inzwischen allgemein anerkannt. Insbesondere besteht unter Ökonomen

⁶ Robert Menasse, Reden wir über Europa, Berlin: Suhrkamp 2014

⁷ Ulrich Beck, *Deutsches Europa*, Suhrkamp digital 2013, S. 33.

⁸ Dazu gibt es eine Fülle an politikwissenschaftlicher Literatur, vor allen Dingen: Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit*, Berlin: Suhrkamp 2013. Auch Claus Offe, *Europa entrapped*, London 2015; Hauke Brunkhorst: *Das doppelte Gesicht Europas*, Berlin: Suhrkamp 2014. Auch z.B. Chantal Mouffe oder Colin Crouch („*Post-democracy*“) schreiben ausführlich über die entleerte, technokratische Demokratie der EU.

international weitgehend Einigkeit, dass der Sparkurs, den die Kreditgeber Griechenland verordnet haben, letztlich mehr Schaden als Nutzen anrichtet hat⁹: Die ökonomische Diskussion kann und soll hier gar nicht in all ihren Facetten wiedergegeben werden: wichtig ist, was im europäischen **Diskurs** passiert: wir **nationalisieren** Fehler, wir arbeiten mit gegenseitigen Schuldzuweisungen, wir teilen Europa in Nord- und Süd und wir fühlen uns eben nicht als ein Gemeinwesen, das – was immer auch passiert – zusammensteht: **Das** ist das eigentlich Problem Europas!

Genauso ist es bei der Diskussion über die Flüchtlinge im Mittelmeer: Wenn ein Regierungschef – ich nenne das Land jetzt hier nicht – vom Europäischen Rat zurück kommt, auf dem über die Rettung der Flüchtlinge im Mittelmeer diskutiert wurde, nur um im nationalen Fernsehen zu sagen „*Ich habe in Europa dafür gesorgt, dass nicht mehr Flüchtlinge in unser Land kommen*“, dann führt sich Europa **ad absurdum**: genau da ist es heute!

Dieses Europa ist gleich die **dreifache Perversion** aller Werte, für die Europa eigentlich steht, und für die Europa den Friedensnobelpreis bekommen hat: Freiheit, Demokratie, soziale Marktwirtschaft! Europa leidet darum an seiner Negation: wo Europa und seine Werte sichtbar verleugnet werden, findet Europa nicht statt! Europa funktioniert nicht, oder zumindest **so** nicht! Zeit also, Europa vom Kopf auf die Füße zu stellen und sich darauf zu besinnen, was es sein einmal sollte:

1964 bereits hat Walter Hallstein, der erste Präsident der Europäischen Kommission gesagt: „*Ziel Europas ist und bleibt die Überwindung der Nationen und die Organisation eines nachnationalen Europas.*“ Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, ist es an der Zeit, sich daran wieder zu erinnern. Europas Gründungsidee ist auch Europas Zukunft! Bevor sie nun meinen, ich will immer „mehr Europa“, immer „mehr Integration“ kann ich Sie beruhigen: **genau das will ich nicht**. Ich möchte ein **anderes** Europa, nicht mehr von demselben. Vor allem aber möchte ich, dass wir aus der verquastenen diskursiven Situation herauskommen, in der wir über Europa und die Mitgliedstaaten immer **vertikal** diskutieren – mehr Europa oder mehr Nationalstaat,

⁹ Eine gute Übersicht über die wirtschaftspolitische Diskussion zu Griechenland bietet: <http://www.foederalist.eu/2015/04/griechenland-fehler-eu-eurokrise.html> Olivier Blanchard vom IWF hat diesen Fehler [bereits Anfang 2013 in einer Studie eingeräumt](#); die Europäische Kommission hingegen [wehrte sich lange gegen die neue Erkenntnis](#).

mehr Rechte für das EP oder mehr Rechte für den Bundestag – sondern dass wir anfangen zu begreifen: wir **sind** Europa! Es geht heute nicht um **mehr Integration**, denn Europa ist heute wirtschaftspolitisch fast vollständig integriert. Das Problem ist, dass die politische und die soziale Integration nicht hinterhergekommen sind und heute asymmetrisch zur wirtschaftlichen Integration stehen. Es geht also heute um die **Ausgestaltung einer transnationalen europäischen Demokratie jenseits von Nationalstaaten** – wenn wir und darauf einigen, dass wir den Euro nicht zurückdrehen; aber auch nicht mehr in „Zeiten der Monster“ leben wollen.

II. Europäische Realität und Diskurs: über männliche Staaten und republikanische Frauen

Nichts könnte eindrucksvoller als dieses Video zeigen: *borders come and go: Europe stays!*

Der **Staat**, der männliche Leviathan, die *Vereinigten Staaten* von Europa, das war gestern, das ist 20. Jahrhundert. „*Borders are so 80s*“, stand auf den Plakaten der Piraten für die Europawahlen 2014. Was wir als Projektionsfläche für Europa im 21. Jahrhundert anbieten möchten, ist eine Europäische Republik: Das europäische Projekt braucht im 21. Jahrhundert einen neuen konzeptionellen Rahmen und darum – *nomen est omen* – vor allem auch einen neuen Namen! Und Erzählungen brauchen starke Bilder. Darum erlaube ich mir jetzt einen kleinen kunst- und kulturgeschichtlichen Umweg und möchte ein paar Bilder zeigen, denen man begegnet, wenn man Europa sucht: Die Kunstgeschichte nämlich hält eine wunderbar kraftvolle Erzählung Europas schon für uns bereit!

Beginnen möchte ich mit einem aussagekräftigen Bild. Es zeigt die Freiheit, gemalt von Arnold Böcklin 1891. Wie unschwer zu sehen ist, ist die Freiheit eine Frau, die alle Insignien der Macht trägt: auf dem einen Arm den Adler, Inbild der weltlichen Macht, Wappentier in vielen Flaggen heute, auf dem anderen Arm den Palmenzweig, Inbegriff der *Res Publica Christiana*, die immergrüne Pflanze als Ausdruck der göttlichen Allmacht. Das Bild ist rund: die Freiheit regiert die Welt. An einen Stein nur gelehnt, steht sie auf den Wolken, ihr Regium ist grenzenlos, sie regiert jenseits von Grenzen und Nationalstaaten. Auf dem Kopf trägt sie, und das ist wichtig für meinen weiteren Vortrag

(!), eine Jakobinermütze, die rote Mütze der französischen Revolution. Gemalt 1891, ist diese Mütze das Zeichen für das Aufbegehren gegen die Obrigkeit. Es ist die republikanische Mütze des souveränen Volkes. Diese Mütze hat eine Jahrhunderte alte Tradition: es ist die phrygische Mütze. Getragen wurde sie u.a. von den Amazonen, als diese die thrakische Armee besiegt haben. Die Mütze symbolisiert – sie dürfen schmunzeln - Stierhoden, die man sich ursprünglich zum Zeichen der Macht auf den Kopf geschnürt hat; die Jakobiner-Mütze geht also auf eine Nachbildung von Stierhoden zurück.

Dieses Bild der „Freiheit“ von Böcklin hat nichts zu tun mit dem leviathanischen Staat, der dargestellt ist als Mann, mächtig, gekrönt, mit Zepter und Schwert, der leviathanische Nationalstaat, an dem Europa heute zerbricht, der Europa nicht werden lässt.

Ich sage es noch einmal: die Frau Europa, die Frau, die bei Böcklin die Freiheit ist - diese Frau wurde von einem männlichen Stier entführt! Die bildende Kunst lehrt uns ferner, dass die republikanische Anführerin der französischen Revolution Marianne, also auch eine Frau war. Auch sie trug die Jakobinermütze

Frau, Freiheit, die Jakobinermütze - als Zeichen der Emanzipation von der Obrigkeit und Symbol für die Republik - stehen gegen (National-) Staat, Grenzen und (männliche) Macht: drei ausdrucksvolle Bilder die uns sagen: *Europa* ist eine Frau, die *Republik* ist eine Frau, die *Freiheit* ist eine Frau!

The *European Republic is under construction* heißt also, den männlichen Leviathan, den Nationalstaat zu überwinden. Europa ist Freiheit, ist Emanzipation vom Nationalstaat: Europa ist frei und denkbar nur als Republik!

Machen wir einen interessanten Vergleich mit Europabildern von heute:

Der heutige Europa-Diskurs ist nämlich männlich! Das zeigt diese Bild. Wo immer derzeit über Europa geredet wird, gibt es meist nur das: bei der EZB, beim Rat, bei den Talk-shows, in Karlsruhe: nur Männer! Männer „machen“ und „reden“ über Europa, meistens sind es Juristen und Volkswirte, es geht konsequenterweise um Grenzen und nationale Interessen; die weibliche, die grenzenlose, die republikanische, die soziale Seite Europas: sie wird ausgeblendet!

Dabei ist doch Europa, ja, sie dürfen lachen, das hier: **Conchita Wurst**. Beim European Song Contest 2014 hat Conchita Wurst mit dem Song „*Rise like a Phoenix*“ ein

Millionenpublikum gewonnen. Conchita Wurst **ist** Europa! Offensichtlich fühlten sich viele davon angesprochen, haben sie als Symbol für Europa gesehen. Und tatsächlich sollten wir darauf stolz sein: denn ein Sieg von Conchita Wurst ist eben nur in Europa möglich, weder in China, noch in Russland, und auch in den USA ist dies schwer vorstellbar. Was heißt das nun für Europa im 21. Jahrhundert? Die weibliche Seite, die republikanische, die freiheitliche Seite, muss in die europäische Erzählung integriert werden: **Europa ist Staatlichkeit jenseits nationaler Grenzen**, und genau dafür steht der Begriff der Republik – denn seit dem Mittelalter ist die Republik der Inbegriff eines transnationalen Gemein- und Rechtswesens!¹⁰

III. Europa als Republik & der Grundsatz der politischen Gleichheit

Grenzen fallen – und das tun sie ja auch: Schengen und der Euro sind Beispiele für europäische Grenzenlosigkeit, auf die wir nicht verzichten wollen. Aber hier sind die Beispiele, wo der nationale Leviathan heute noch Europa lahmlegt:

Das sind die *cluster* der europäischen Industrie. Es ist unschwer zu sehen, dass auch sie nicht „national“ organisiert sind. Wir sehen transnationale cluster, wir sehen vor allem ein großes Ungleichgewicht zwischen Zentrum und Peripherie; und ein großes Ungleichgewicht zwischen städtischen und ländlichen Regionen, und zwar überall in der EU – auch in Deutschland.¹¹ Und damit ist bereits alles gesagt: wir designen unsere EU-Politiken immer noch entlang nationalstaatlicher Grenzen, die es, auch in der Industrie, in der Wertschöpfungskette, längst nicht mehr gibt.

Ein deutsches Auto ist also gar nicht „deutsch“: es hat Ledersitze aus Italien, Reifen aus Frankreich oder Schrauben aus Slowenien, landet aber am Ende in der deutschen Exportstatistik. Abgesehen davon, dass Volkswirtschaften wie Slowenien weitgehend von der deutschen Wertschöpfungskette abhängen und in dem Sinne gar keine autonomen Volkswirtschaften mehr sind.¹²

Das bringt mich zu dem zentralen Punkt: Wir messen national, was gar nicht mehr national zu messen ist: Produktivität, Exporte etc.

¹⁰ Karsten Nowrot, Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft, Jus Publicum, Mohr Siebeck 2014.

¹¹ Dazu Ballas/ Dorling/ Henning: Karten Europas. Social Atlas of Europe, Bristol 2014.

¹² Zoltàn Pogátsa, Hungary: From Star Transition Student to Backsliding Member State, Journal of Contemporary European Research, Vol. 5 No 4 (2009), S. 597.

Im Grunde ist es Unsinn, innerhalb eines Währungsraumes die Exportstatistiken auf nationaler Basis zu messen: wir messen auch keine Unterschiede zwischen Hessen und Schleswig-Holstein. Mehr noch: wir lassen einzelne Mitgliedsstaaten ineinander in Konkurrenz. Anstatt Euroland als aggregierte Volkswirtschaft mit einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu verstehen, setzen wir Staaten – und damit ihre Bürger – zueinander in Konkurrenz: wir operieren innerhalb einer Wertschöpfungskette mit ungleichen sozialen Standards, ungleichen Steuern, Löhnen, sozialen Rechten. Insbesondere Deutschland hat in den letzten Jahren den anderen Volkswirtschaften de facto durch Lohndumping geschadet.¹³ Entgegen des öffentlichen Diskurses, laut dem „Deutschland“ ja vermeintlich „für alle zahlt“, sprechen die Zahlen eine ganz andere Sprache: Deutschland hat an Binnenmarkt, Euro und sogar der Eurokrise massiv verdient, allein ca. 30 Mrd z.B. durch die negative Verzinsung seiner Staatsanleihen.¹⁴ Das „deutsche Modell“ funktioniert nicht für den Rest Europas! Abgesehen davon, dass die dominante Rolle im europäischen Wirtschaftssystem nicht funktioniert:

Durch diesen nationalstaatlichen EU-Politikansatz pervertieren wir de facto die Schutzfunktion des Staates, den dieser für seine Bürger hat: die EU-Mitgliedstaaten befinden sich in einem *race-to-the-bottom* Wettbewerb, wie damals die Duracel-Häschen in der Werbung, wobei derzeit Deutschland das Häschen mit der dicksten Batterie ist, es dies aber de facto auf Kosten seiner Nachbarstaaten macht. Staaten sollten eigentlich – ich werde darauf zurückkommen – gleiche Rechte für ihre Bürger garantieren; den Staaten, obliegt eigentlich, die Sorge für ihre Bürger; nicht die Sorgfalt für Märkte; die im EU System hingegen ist dies genau umgekehrt: die EU-Staaten setzten ihre Bürger zueinander in Wettbewerb, um der Industrie bestmögliche Bedingungen zu garantieren: innerhalb einer nationalstaatlichen Demokratie wäre das nicht möglich. Unterschiedliche bürgerliche und soziale Rechte in Europa, vor allem innerhalb der Eurozone, sind aber genau das Problem, das den Weg zu einem politischen Gemeinwesen verstellt.

Beispiel zwei: der europäische Energiemarkt. Nachhaltige Energie wird inzwischen – national unterschiedlich - über Subventionen gefördert; und die Netze werden nach wie

¹³ Dazu viele Artikel auf den „Nachdenkseiten“: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=15990#h08>, insbesondere die von Harald Schumann vom Tagesspiegel.

¹⁴ Ausführliche Zahlen dazu bei Siegfried Schieder, Zwischen Führungsanspruch und Wirklich: Deutschlands Rolle in der Eurozone, in: Leviathan, 3/2014, S. 363-397.

vor national kontrolliert. Energieunion? Wenn Portugal einen Überschuss an nachhaltig erzeugter Energie hat, kann es diesen Strom z.B. nicht in französische Netze einspeisen. Deutschland hat inzwischen gelernt, dass die Energiewende nur europäisch funktioniert – entschieden aber wurde sie hier allein.

Beispiel drei: Die geplante Kapitalunion. Geplant ist, privates Geld und Hedge-Fond für Investitionen zu mobilisieren. Im Grünbuch sind allerlei *incentives* geplant, Kapitalgebern z.B. Investitionen den Mittelstand schmackhaft zu machen, z.B. mit steuerlichen Begünstigungen – die natürlich je nach Land unterschiedlich wären. Ob daraus eine homogene Entwicklung des Wirtschaftsraumes Euroland, die aber im Sinne eines dezentralen Europas, das auch jenseits der Industrie-cluster wirtschaftlich prosperierend ist, entstehen kann, mag man bezweifeln.

Beispiel vier: das digitale Europa. Jeder weiß – und inzwischen steht dies sogar in Studien der Deutschen Bank - dass die schlechte Ausrüstung mit Breitband ein entscheidendes Wachstumshemmnis für ländliche Regionen ist. Dafür gibt es jetzt das Konzept der „*digital union*“ – für das sogar ein deutscher Kommissar sehr wirbt. Dennoch bleiben Finanzierung und Infrastruktur weitgehend in nationaler Hand.¹⁵ Die großen Netze des letzten Jahrhunderts - Telekommunikation, Strom etc. – die Grundlage des Wachstums im letzten Jahrhundert waren, wurden aber über staatliche Monopole eingerichtet.¹⁶ Die EU hingegen darf kein „eigenes Geld“ – und schon gar keine Kredite in die Hand nehmen, um eine entsprechende Infrastruktur in den ländlichen Regionen bereit zu stellen, die der Markt nicht richten wird: Breitband auf Amrum oder in *Ardèche* lohnt sich nicht. So schaffen wir beides nicht: ein europäisches Internet im globalen Maßstab nach europäischen Regeln; und die Versorgung der ländlichen Regionen. Das ist das Muster für viele EU-Politiken.

Und so petrifizieren wir über nationalstaatlich konturierte Politiken letztlich regionale Unterschiede, vor allem zwischen Stadt und Land, die uns dann politisch einholen: die soziale Krise von heute ist auch eine Stadt-Land-Krise; vor allem aber ist der Populismus, der das Werden Europas untergräbt, der Zulauf für populistische Stimmen

¹⁵ Deutsche Bank Research, 31. Juli 2014 („Fortschritt braucht Breitband. Private Investitionen benötigen mehr staatliche Impulse“)

¹⁶ Der DGP fordert daher einen Marschall-Plan für die Infrastruktur in Europa:
<http://www.dgb.de/themen/++co++985b632e-407e-11e2-b652-00188b4dc422>

heute ein überwiegend ländliches Problem und zwar überall in Europa. Aus einer ländlichen, sozialen Krise wird eine europäische Wahlkrise: Schauen wir auf Frankreich: der Front National ist in ländlichen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit besonders hoch, die Regionen sind nahezu identisch. Schauen wir auf Großbritannien: die nördlichen – und ländlichen –Regionen sind besonders anfällig für einen UKIP-Vote; die (wenigen) verbliebenen Industrien sind indes – nicht in absoluten, aber in relativen Zahlen – besonders abhängig vom Binnenmarkt, anders formuliert: ein UKIP Vote würde den desindustrialisierten Regionen Nordenglands besonders schaden. Die vor allem ländliche, soziale Krise von heute ist die europäische Krise von morgen!

Kommen wir dem mit nationalen Strategien bei? Ich fürchte nicht. Wir müssen städtische und ländliche Regionen wieder zusammendenken, denn die soziale Krise in den ländlichen Regionen ist die populistische und damit die europäische Krise von morgen. Die Regionen müssten Europa-weit staatlich gefördert werden, vor allem in der Infrastruktur. Strukturreformen – das augenblickliche *buzzword* der EU-Politiken helfen da nicht. Von den 6 Mrd Euro, die für die Jugendarbeitslosigkeit bereit gestellt wurden, sind nur 25 Mio abgerufen worden, weil es in den ländlichen Regionen keine Infrastruktur, keinen Mittelstand, und damit keine Arbeit für junge Leute gibt. Wir sprengen ländliches Leben, anstatt dezentrale Lebenswelten zu bauen!

Was wir außerdem bräuchten, wäre eine Aktivierung der Schutzfunktion des Staates für die Bürger, indem für alle Bürger von Euroland im Grunde auf Dauer nur eins gelten kann: der Grundsatz der politischen Gleichheit!

Bevor jetzt alle aufschreien und „Hilfe, Nivellierung“, rufen, bitte einmal durchatmen!

Mit dem Grundsatz der politischen Gleichheit ist dreierlei gemeint:

- Wahlrechtsgleichheit
- Gleichheit bei den bürgerlichen Steuern (Einkommensteuer, Vermögenssteuer)
- Gleicher Zugang zu sozialen Rechten.

In Deutschland z.B. sind die Lebensverhältnisse zwischen München und Rügen oder dem Saarland sehr verschieden; trotzdem wählen die Bürger den Bundestag auf die gleiche Art und Weise, sie unterliegen den gleichen Steuerpflichten und sie haben den gleichen Zugang zu sozialen Rechten. Gewerbesteuern oder Körperschaftsteuern sind unterschiedlich, sie sorgen für die regionalen Ausgleiche. So könnte das auch in Europa

sein. Es geht also weder um regionale Nivellierung, noch um sozialen Egalitarismus; allerdings aber um das Prinzip der politischen Gleichheit, ohne die dauerhaft ein politisches Gemeinwesen nicht vorstellbar ist. Sich das für Europa vorzustellen, ist unvorstellbar, ich weiß. Es war 1868 aber auch für die deutschen Territorien des Deutschen Bundes unvorstellbar: „*eine einheitliche deutsche Sozialversicherung, oh Gott – nie!*“ hat man damals gerufen. Und dann kam Bismarck. Und es ging doch. Was auf europäischer Ebene langfristig vorstellbar und durchsetzbar ist, vermag darum niemand zu sagen: im Gegenteil, es ist ja nicht einmal völlige Utopie, haben in Brüssel doch die Überlegungen zu einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung längst begonnen.¹⁷ Umgekehrt aber kann man sagen: ohne den Grundsatz gleicher politischer Gleichheit können wir ein Gemeinwesen Europa, angefangen mit Euroland, letztlich nicht dauerhaft schaffen. Vielleicht ist es also an der Zeit, dass wir uns in diesen Zustand hineindenken!

Die gute Nachricht ist: die europäischen Bürger haben den Grundsatz der politischen Gleichheit in ihrer Mehrheit schon längst akzeptiert. Laut einer sozialwissenschaftlichen Studie ist der Grundsatz der politischen Gleichheit bei den Bürgern – auch mit Blick auf soziale Leistungen – bei ca. 2/3 der europäischen Bürger längst akzeptiert.¹⁸ Die Bevölkerung scheint hier weiter als ihre jeweiligen politischen Eliten, die derzeit eher bemüht scheinen, dem populistischen Druck hinterherzulaufen: schade daher, dass sich noch keine politische Partei in – Europa dieses Ziel sichtbar auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Was bieten wie also dieser jungen Generation, die schon längst ein Europa lebt, dass das derzeitige Brüssel nicht schaffen will?

Denn ohne politische und soziale Gleichheit passiert heute in Europa genau das: Wenn eine junge Frau die letzten drei Jahre in England gearbeitet hat, deutsche Staatsbürgerschaft hat und noch aus ihrer Studienzeit in den Niederlanden eine Freundin aus Dänemark, dann ist das längst Normalität. Und sie beide haben es geschafft, sich in diesem Leben gut einzurichten. Dann wird der Kinderwunsch plötzlich wahr. Und nach

¹⁷ Sebastian Dullien, *Eine Arbeitslosenversicherung für die Eurozone*, SWP-Studien 2008/01, Februar 2008; der letzte Sozialkommissar Andor László hat Pläne für eine europäische Arbeitslosenversicherung eingebracht:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-kommissar-andor-fordert-europaeische-arbeitslosenversicherung-a-974964.html>

¹⁸ Jürgen Gerhards/ Volker Lengfels, *Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger*, Wiesbaden 2013; dazu auch Martin Heidenreich, *Krise der europäischen Vergesellschaftung*, Wiesbaden 2014

der Entscheidung England zu verlassen und eventuell zur Familie in Deutschland zu ziehen, entscheiden sich beide, nach Dänemark zu ziehen und das gemeinsame Kind dort aufzuziehen. Soweit so romantisch. Aber haben Sie schon jemals darüber nachgedacht, was das an sozialenrechtlichen Fragen mit sich bringt? Die beiden hatten das auch lange nicht. Nach langem hin und her stellte sich schließlich heraus, dass die Frau alle Sozialansprüche aus ihren Einzahlungen in England verlor, als sie sich in Deutschland arbeitslos meldete. Sie hätte mindestens drei Tage sozialversicherungspflichtig in Deutschland angestellt sein müssen, um die Ansprüche übertragen lassen zu können. Was an sich schon absurd ist. Nun hat sie aber als werdende Mutter deutscher Staatsangehörigkeit in Dänemark auch kein Anspruch auf deutsche Sozialleistungen dort. Und auf die dänischen Leistungen kann sie nur Ansprüche stellen, wenn sie mindestens 13 Wochen vor der Geburt in die nationale Sozialkasse eingezahlt hat. Das wollen wir doch nicht? Was bieten wir also dieser jungen Generation, die schon längst ein Europa lebt, das wir nicht schaffen wollen?

IV. Ein regionales, dezentrales Europa und ein neubegründeter europäischer Parlamentarismus

Würden wir es tun, wie könnte dann Euroland in Form einer europäischen Republik aussehen? Wohin könnte wir uns gedanklich *zoomen*? Ich werde versuchen, in Sieben-Meilen-Stiefeln hier durchzuwandern, also durch Euroland, das zur Euro-Union und dann zur Europäischen Republik werden könnte. Nachlesen können Sie das übrigens in dem Manifest für die Begründung einer Europäischen Republik“, das ich 2013 mit dem österreichischen Schriftsteller Robert Menasse veröffentlicht habe.¹⁹

Am Anfang steht die Erkenntnis, dass nicht die Staaten, sondern die europäischen Bürger in ihrer Gesamtheit souverän sind. Der Begriff des mangelnden europäischen *Demos*, an dem sich aktuelle Debatten (Karlsruhe) oft festhalten, wird hinfällig. Wenn wir den Begriff der Souveränität de-konstruieren und Souveränität als individualisierbares Konzeptwiederentdecken könnten,²⁰ würden wir entdecken, dass

¹⁹ <http://diepresse.com/home/presseamsonntag/1379843/Manifest-fur-die-Begrundung-einer-Europaeischen-Republik>

²⁰ etwa bei [Jean Bodin](#) und [Hans Kelsen](#), siehe auch [hier](#)

wir nämlich in doppelter Hinsicht Bürger – Unionsbürger und Staatenbürger – sind, die Souveränität dieser Staaten aber eben auch nur auf einer von uns selbst vorgängig an diese Staaten delegierten Souveränität beruht. Auf dieser Grundlage könnten wir eine europäische *Polity* neu konzipieren.

Wir beginnen mit Euroland, das wirtschaftlich am homogensten ist und der Einbettung des Euro in eine gemeinsame europäische Demokratie am dringendsten bedarf. Dieses Euroland, der Nukleus der Europäischen Republik hat derzeit 18 Staaten, aber viele, z.B. Polen, dürften schnell folgen. Ein neugestalteter Parlamentarismus wäre möglich. Damit ist mitnichten eine größere Partizipation oder gar eine plebiszitäre Demokratie gemeint, indes aber ein demokratisches System, das dem Prinzip der Gewaltenteilung nach Montesquieu genügt: eine europaweite Legislative kontrolliert eine europäische Exekutive. Ein nach gleichem Wahlrecht gewähltes Eurozone-Parlament – *one man one vote* – würde mit vollem Legislativrecht ausgestattet. Demokratie, wie man sie kennt!

Jürgen Habermas entwickelt dazu das konzeptionelle Gedankenexperiment einer „doppelten Souveränität“,²¹ bei dem sich die konstituierende Gewalt aus der Gesamtheit der europäischen Bürger einerseits und der europäischen Völker andererseits zusammensetzt. Dies läuft auf eine „Aufstufung“ der europäischen Bürger als gleichberechtigtem Souverän neben den europäischen Staaten hinaus. Demokratie und Nationalstaat würden insofern entkoppelt, als die europäischen Bürger in ihrer Stellung als Unionsbürger als solche teilsouverän wären und in eine gleichberechtigte, heterarchische Beziehung zu den souveränen Nationalstaaten bei der Konstituierung des europäischen Gemeinwesens treten würden.

Das Europäische Parlament müsste Gesetzesinitiativen einbringen können, also volles Initiativrecht und damit auch Budgetrecht bekommen, und das sogenannte ordentliche Gesetzgebungsverfahren, das die Zustimmung beider Kammern erfordert, müsste auf alle Politikfelder ausgedehnt werden. Sodann müsste der Europäische Rat, also die Versammlung der Regierungschefs, die bis heute eine halbkonstitutionelle Stellung genießen, einem zur zweiten Kammer ausgebauten Ministerrat eingegliedert werden.

²¹ im [Leviathan \(42. Jg. 4/2014\)](#)

Und schließlich müsste die Kommission die Aufgaben einer Rat und Parlament gleichermaßen verantwortlichen Regierung übernehmen.²²

Das Europa, das wir vorstellen, ist also nicht mehr national organisiert, sondern dezentral, aber vernetzt – ICT, digital, Transport, Energie – es verfügt über eine gleichmäßig ausgebaute und von der EU geförderte Infrastruktur, die dazu führt, dass die ländlichen Regionen mit den städtischen Wachstumsregionen aufschließen können bzw. nicht mehr vernachlässigt werden. Die ländliche Struktur verödet nicht mehr, sondern wird im Gegenteil zum Rückenmark für neue, dezentrale Wachstumskonzepte und regionale Industriecluster, die anschlussfähig sind, mit den anderen Zukunftsleistungen, die die EU erbringen muss: dezentrale Energiegewinnung, regionale Elektromobilität, genossenschaftliches Wirtschaften, nachhaltige ländliche Entwicklung, regionale Agrarstruktur. Diese dezentrale Struktur Europas, die ländliche Regionen mit einem Netz aus Städten verknüpft, ist nicht mehr unbedingt nationalstaatlich organisiert: Regionen und Städte werden über eine transnationale Demokratie, die der Europäischen Republik, miteinander verklammert.

Über dieses Europa der Regionen bzw. der Städte wird ein großes Dach einer Europäischen Republik gespannt, die Europa auf internationaler Ebene vertritt (Außenpolitik, Klima, Handel, Cyber etc.) und die als Klammer für das politische Gemeinwesen nach innen gleiche staatliche und soziale bürgerliche Rechte garantiert: Wahlrechtsgleichheit, Steuergleichheit, und Portabilität von Sozialrechten. Der notwendige Puffer und Wettbewerb zwischen den Regionen entstehen über regionale Steuern.

Damit sind die Nationalstaaten auch nicht mehr unbedingt der konstitutionelle Träger des europäischen Projektes – sondern die Regionen, die ansonsten weitgehend autonom sind. Dies rückkoppelt mit zeitgenössischen regionalen Bewegungen, die auch bereits gegen die Nationalstaatlichkeit aufbegehren, wie etwa Schottland oder Katalonien.

²² Dies sind übrigens die entscheidenden Reformvorschläge, wie sie jüngst auch [von der sogenannten Spinelli-Gruppe für eine Neuverfassung der EU vorgestellt wurden](#). Mit ihnen würde sich die Demokratie in Euroland dem Prinzip der Montesquieu'schen Gewaltenteilung annähern, wie das übrigens schon im [Westerwelle-Report über die Zukunft der Europäischen Union](#) vom September 2012 und davor schon im [Schäuble-Lamers-Paper](#) über „Kerneuropa“ von 1994 angedacht wird.

Europa würde in beide Richtungen gewinnen: Handlungsfähigkeit in der internationalen Arena nach außen; und Bürgernähe nach innen.

V. Schluss

So, das war jetzt alles viel Stoff für 30 Minuten, für ein komplexes Thema, für eine wagemutige Utopie. Und doch gilt der Satz von Albert Einstein: „*Keine Idee ist eine gute, die nicht am Anfang als völlig illusorisch galt*“. Anders formuliert: das Recht auf Utopie ist ein Menschenrecht: „*Weil das, was ist, nicht alles ist, kann das, was ist, sich ändern,*“ sagte Theodor Adorno.²³ In dieser Verantwortung, nämlich Europa zu verändern, stehen wir heute mehr denn je. Europa ist nämlich nicht **alternativlos**, gesellschaftliche Prozesse können immer verändert, von Bürgern gestaltet werden – genau dazu gibt es ja solche Konferenzen wie die re:publica.

Jetzt fragen sie sich aber vielleicht: Wie kommen wir von A nach B? Das ist eine berechnete Frage. Und so, wie es derzeit aussieht, kommen wir nicht von A nach B, die Europäische Republik wird sicher nicht am europäischen Verhandlungstisch beschlossen. Diese Frage können wir also hier und heute auf der re:publica nicht beantworten. Aber es **ist** trotzdem zulässig, die Zukunft zu denken, wie wir sie gerne haben würden. Es **ist** zulässig, erst einmal eine klare Vorstellung darüber zu entwickeln, welches politische Gemeinwesen wir in Europa gerne schaffen würden; ja, es ist sogar **Pflicht**, erst einmal eine **schlüssige Erzählung** zu entwickeln – und dann zu hoffen, dass diese, weil sie vielleicht Zuspruch findet, auch **politische Wirkungsmächtigkeit** entfaltet! Die Europa-Konzepte von einem Richard Coudenhoven-Kalergi oder einem Aristide Briand der 1920er Jahre sind auch erst in den 1950er Jahren Realität geworden; auch die Währungsunion hat 30 Jahre vom Werner-Plan zum Euro gebraucht: manchmal brauchen gute Dinge eben ihre Zeit und auch einen historischen **Auslöser**; und die Ausgestaltung einer europäischen Demokratie ist natürlich ein komplexes, schwieriges Thema. Wir werden sicher ein halbes Jahrhundert dafür brauchen. Aber es ist gut, einen **Kompass** zu haben: nur mit **klarem Ziel** dreht sich Europa, die EU, nicht im Kreis, wie sie das derzeit tut!

²³ Theodor Adorno, *Negative Dialektik*, GS 6, S. 391

Die Europäische Republik ist **nicht Wirklichkeit, aber sie ist denkbar**. Der Begriff der Republik ist der **tragende Begriff** für die politische Ordnung des Gemeinwesens auf dem europäischen Kontinent seit Platon. Er ist in allen europäischen Staaten anschlussfähig. Es kann hier also zunächst nur darum gehen, Bewusstsein dafür zu schaffen, dass wir als mündige, als emanzipierte Bürger Europas die politische Neuordnung des Kontinents zu jedem Zeitpunkt in der Hand haben, denn wir sind der Souverän!

Ist das einfach? Bei weitem nicht! Gemeinsame Bürokratie, Minderheitenschutz von kleinen Einheiten, etwa den Maltesischen Bürgern, wenn die dann im Europäischen Parlament praktisch nicht mehr repräsentiert wären? Kann soviel politische Arbitrage zwischen unterschiedlichen Landesteilen gewährleistet werden? Das finanzielle Tauziehen zwischen Zentrum und Peripherie? Das Austarieren von gesellschaftlichen Präferenzen? Gibt es eine Europäische Öffentlichkeit? Was machen wir mit Sprache? Geht das über Technik? EP-Sitzungen mit I-Translate, ist das vorstellbar? Reden aus Brüssel kommen direkt in der Landesprache ins nationale Fernsehen? Die Wissenschaft ist hier sehr skeptisch.²⁴ Aber eine vielsprachige Demokratie geht sogar in Indien. Nichts ist einfach. Aber eine Euroabwicklung eben auch nicht. Und Leben im Monster wollen wir eben auch nicht. Die Zukunft geht nicht zurück! Es gibt also eigentlich keine Alternative zum Bau einer europäischen Demokratie!

Und wenn ich hier in den Saal schaue und das ganze kreative Potential sehe, hier auf der RE-PUBLICA, hier, auf dem reichsten Kontinent der Welt, dann kann man doch nur sagen:

YES, WE CAN!

Umgekehrt muss man sich vorstellen, in welche Welt wir abrutschen, wer uns regiert, wenn Marine Le Pen erst einmal Frankreich regiert, und Jobbig Ungarn; wenn die Populisten weiter ihr Unwesen treiben dürfen und die Dummheit regiert. Wenn wir uns wieder einmal unter Nationalstaaten anfeinden – und darüber hinaus so mit uns

²⁴ Fritz Scharpf, *Das Dilemma der supranationalen Demokratie*, in: Leviathan 1/2015; und Martin Höpner, *Der integrationistische Fehlschluss*, in: Leviathan 1/2015; und Wolfgang Streeck, op. cit., S. 173

beschäftigt sind, dass wir vergessen, dass die Welt draußen sich weiter und schneller dreht – und wir in ihr keine demnächst keine so große Rolle mehr spielen dürften: wir sind nur 7% der Weltbevölkerung. Was also sollten wir eigentlich tun, als alle unserer Energien darauf zu verwenden, endlich ein funktionierendes europäisches Gemeinwesen zu schaffen: *Yes, we can...*

Wer jetzt begonnen haben sollte, sich für Europa zu interessieren, wer gar begonnen hat festzustellen, dass Europa auch **sein** Thema ist, **jedermann's** Thema ist, wenn wir diesen Kontinent nicht der **politischen Verwahrlosung** preisgeben wollen, der kann diese Rede auf deutsch und auf englisch nachlesen. Der Text steht zum **Download** zur Verfügung, inklusive der Charts und weiterführender Literatur, weil vieles der verzwickten demokratietheoretischen und polit-ökonomischen Probleme hier ja nur kurz und damit unterkomplex angerissen werden konnte.

Wer das nicht tun möchte, dem möchte ich **als Resümee** nur **einen Satz** mit auf den Weg geben: Wenn wir (noch) das Ziel haben, auf diesem Kontinent eine politische Gemeinschaft, ein **politisches Gemeinwesen** zu errichten – und das **ist (!)** verbrieftes und konstitutionalisiertes Ziel des Maastrichter Vertrages - dann werden wir dieses Gemeinwesen **nur auf dem Grundsatz der politischen Gleichheit aller europäischen Bürger aufbauen!** Die Durchsetzung des Prinzips der politischen Gleichheit ist **daher das Gebot der Stunde, die Aufgabe Europa im 21. Jahrhundert!**

Darum haben wir vom „Lab“ für „**Finding Europe**“ zwei Initiativen entwickelt: zusammen mit der Berliner Künstlerin, Valeska Peschke ²⁵, habe wir eine **republikanische Mütze Europas** entworfen, die wir als Symbol für ein anderes Europa bewerben wollen: als Symbol für ein Europa, in dem der Grundsatz der politischen Gleichheit verwirklicht ist – und die ich jetzt darum aufsetze. Es ist die französische Jakobinermütze in den Farben Europas. Und als nächstes haben wir im Internet einen Aufruf vorbereitet, der für ein Europa auf dem **Grundsatz der politischen Gleichheit seiner Bürger** wirbt - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dies ist weder ein linkes, noch ein rechtes politisches Programm, weder markliberal noch egalitär, sondern es ist

²⁵ <http://www.valeskapeschke.com/>

nur **das**: die Erinnerung daran, dass es **ohne Gleichheit kein politisches Gemeinwesen geben kann!** Es lebe die Europäische Republik!

The European Republic is under construction! Helft mit!

Zu dem Aufruf sagt jetzt noch meine Kollegin, Victoria Kupsch, einige Worte: wir hoffen sehr, hier auf der re:publica viele, viele Unterschriften dafür zu sammeln zu können!

#newEurope

Herzlichen Dank!